

«Arrêtez le massacre!»

Der neue Bebauungsplan der Stadt Luxemburg

Das Massaker stoppen!! Unter dieser Devise ist der französische Architekt Joly angetreten. Er soll in den nächsten 3 Jahren ein neues Konzept für die städtische Baupolitik entwickeln. Seine ersten Sofortmaßnahmen sind im Gemeinderat praktisch einstimmig angenommen worden, und doch scheint sich die Auseinandersetzung um die Ausgestaltung der Stadt zu einem Wahlkampfthema zu entwickeln.

Die große Koalition

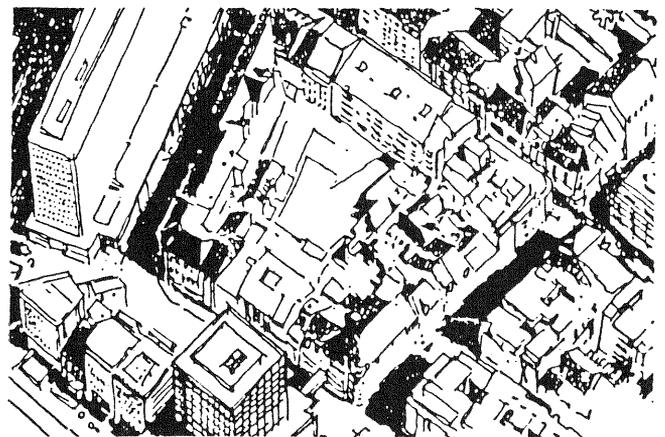
Luxemburgs Innenstadt ist in den letzten 15 Jahren zerstört worden. Nicht nur architektonisch durch das Ersetzen von alter Bausubstanz mit historischem Charakter durch Banksilos, sondern auch sozial durch das Verdrängen der Einwohner aus dem Stadtkern, der Abends zu einer menschenleeren Fußgängerzone verkommt (der Wohnraum im Zentrum hat in den letzten Jahren nach Schöffe Goedert um 30% abgenommen). Weniger Bewohner, aber mehr Arbeitsplätze bedeuten mehr Pendler, die jeden morgen das bekannte Verkehrschaos inszenieren. Diese Situation ist entstanden, weil in den letzten Jahren ein Stadtentwicklungskonzept gefehlt hat, und weil die verantwortlichen Politiker, die vom Rankenboom oder besser vom Bankenboom überrollt wurden, das Feld in bester liberaler Manier, der freien Marktwirtschaft, sprich den Baupromotoren und der Grundstücksspekulation überlassen haben. Der 1967 verabschiedete Vago-Plan hat die Stadt rein formal in Sektoren eingeteilt, denen verschiedene Funktionen zugeteilt wurden. Die Aufteilung richtete sich aber nicht nach den gewachsenen Strukturen der Stadt, sondern folgte einer ganz anderen Logik, die in der neuen urbanistischen Studie folgendermaßen charakterisiert wird: "logique fonctionnelle de découpage en zones d'affectations différentes, logique de hiérarchisation des densités entre le centre et la périphérie, logique géométrique trop simple de l'ensoleillement qui relie la hauteur des immeubles à celle de la rue augmentée de la hauteur moyenne d'un rez-de-chaussé commercial."

Der schlimmste Fehler bei dieser Aufteilung war die Abtrennung des boulevard Royal vom geschützten Zentrum der Stadt. Heute, da es längstens zu spät ist, hat der Gemeinderat fast einstimmig ein Paket von Dringlichkeitsmaßnahmen verabschiedet, das weitere Fehler verhindern soll bis ein endgültiger Plan vorliegt. Als Experten hat sich der Schöfferrat die französischen Architekten Robert Joly und Christine Scheiblauer erkoren, die durch ihre urbanistischen Vorschläge für die Stadt Metz überzeugt hatten. Im November 1986 wurde eine Konvention mit den beiden Urbanisten abgeschlossen, denen ein Minimum von drei Jahren zugestanden wird, um einen Bebauungsplan für die Stadt Luxemburg auszuarbeiten. Die ersten Dringlichkeitsmaßnahmen, die von ihnen vorgeschlagen werden, sind also in einer erstaunlich kurzen Zeit zustande kommen. Auch wenn die vor der Tür stehenden Gemeindewahlen die Politiker beflügeln, so ist das Ergebnis bemerkenswert.

Ausgangspunkt der neuen Studie ist die Stadt mit ihren gewachsenen historischen Strukturen, sind

sind die einzelnen Vierteln mit ihren je spezifischen Eigenheiten. Neue Gebäude müssen sich in die vorgegebene Umgebung einpassen, sowohl in ihren Ausmaßen als auch in ihrer Gestaltung.

"La forme de la ville, pour chacune de ces parties, guidera aussi les dispositions applicables à chaque bâtiment de façon que l'exceptionnelle qualité de l'ensemble de la ville soit maintenue et renouvelée. Il n'est en effet pas possible d'inscrire l'architecture de la ville dans un moment périmé de l'histoire définie, ce sont les règles (...) de chacune de ces périodes qui guideront les orientations de conceptions des maîtres d'oeuvre; cela n'écartera pas la création contemporaine qu'un tel patrimoine doit inciter, mais cela entraînera chez les constructeurs une grande exigence de prise en compte, dans la conception architecturale, des contraintes d'un milieu exceptionnel. Tout bâtiment doit être considéré comme un élément devant participer à la définition d'une composition globale, à savoir la rue, la place, l'îlot."



Joly und Scheiblauer setzen also auf die Kontinuität der Stadtentwicklung, auch dort wo Fehler begangen wurden, sollen diese in die zukünftige Planung miteinbezogen werden.

Man habe Lehren aus der bisherigen Entwicklung gezogen, sagt die Bürgermeisterin, "da man nicht mehr, wie dies bei Vago der Fall war, von einer rein mathematischen Berechnungsbasis ausgeht, sondern auch ästhetische Gesichtspunkte zu Grunde legt". (Letzeburger Land 13.3.87)

Die wichtigsten konkreten Neuerungen:

- Im Zentralsektor muß 25% der Bausubstanz dem Wohnraum vorbehalten werden. Überall wo ein Geschäft im Erdgeschoß war, muß nach einem Neu- oder Umbau auch wieder ein Geschäft entstehen.

- Aus den "zones d'industries légères" des Vago-Plans sollen "zones d'activités" werden, in denen auch administrative Gebäude (wie schon seit 1975 möglich) und Hotels errichtet werden dürfen. 10% der Gesamtfläche muß als Grünzone erhalten bleiben.

- Die Bauhöhen werden neu festgelegt. Im zentralen Sektor z.B. von 18 auf 15 bzw. auf 12 Meter. Turmbauten sind somit nicht mehr möglich. Dadurch, daß man keine so hohen Bauten mehr zuläßt, hofft man die Spekulation einzudämmen.

- In verschiedenen Fällen wird das Anlegen von Dachgärten vorgeschrieben.

- Der Parksektor (Joseph II) fällt jetzt unter die Bestimmungen eines Sektors mit schwacher Bebauungsdichte. Die Bauhöhe wird auf 11m beschränkt und hochstämmige Bäume müssen erhalten bleiben.

- Weitere Architekturauflagen betreffen, das äußere Aussehen von verschiedenen besonderen Gebäuden und Straßenzügen.

Die hier nur kurz zusammengefaßten Neuerungen wurden, bei einer Enthaltung der KPL, im Gemeinderat angenommen.

Die Stimme der Opposition

Rat Zénon Bernard von der KP will die CSV- und DP-Politiker nicht aus ihrer Verantwortung für die Bulldozer-Politik der letzten Jahre entlassen. Nicht allein der Vago-Plan sei schuld, sondern hauptsächlich die Baugenehmigungen, die - so Bernard - "à la tete du client" verteilt wurden. Ausnahmen über die von Vago vorgeschriebenen Höhen hinaus gab es nicht nur am Boulevard Royal, sondern auch am Pariser Platz, in der Duchscherstraße, in der avenue de la Liberté usw. Für den KP-Politiker waren es die Interessen, der "Société des grandes réalisations immobilières à Luxembourg" (RIL), die ausschlaggebend für die Ausgestaltung des Vago-Planes waren. Auch wenn die Bürgermeisterin diese Vorwürfe, zumindest für ihre Amtszeit zurückweist, kann sie nicht abstreiten, daß der frühere Bautenschöffe der Stadt Nic. Mosar

und der CSV-Politiker Jean Dupong im Verwaltungsrat der RIL sitzen, deren "Forum-Royal"-Klotz mit seinen X Stockwerken eine der Hauptverschandelungen der Stadt-Silhouette darstellt. Astrid Lulling hat sich durch den GTL-Prozeß, angesichts der Verfilzung von Baugesellschaften und Politikern in der Hauptstadt, ungerecht behandelt gefühlt: nach dem Motto die Kleinen (GTL und Lulling) hängt man, die Großen läßt man laufen.

Die neue Koalition

Die LSAP ihrerseits hat am Projekt nicht viel auszusetzen, ihr Urbanistik-Experte, Victor Weitzel, hatte aber einen entscheidenden Schönheitsfehler entdeckt (vgl. tageblatt 28.2.1987): die Einschränkungen im zentralen Sektor würden die Spekulanten in die unmittelbare Peripherie des Stadtzentrums, in die dicht besiedelten Wohnsektoren treiben und es würde dort zu einem weiteren Auszug der Wohnbevölkerung kommen. Paradoxiere Weise sah der neue Plan eine untere Grenze von 25% für Wohnraum nur im zentralen Sektor vor, eine Mindestquote für die umliegenden Gebiete hatte man vergessen. Ein Ausweichen der Spekulanten auf neue Viertel, z.B. Plateau Bourbon, schien vorprogrammiert, da sie dort weiter 100 prozentige Büro-Silos bauen durften. Deshalb schlugen die Sozialisten in einer Motion vor, auch in diesem Sektor einen Mindestprozentsatz für Wohnraum vorzusehen. Die DP wandte sich gegen diesen Vorschlag, die CSV veränderte ihn in dem Sinn, daß die noch bestehende hohe Wohndichte erhalten werden solle und der Vorschlag wurde mit den Stimmen der CSV und der LSAP angenommen. Victor Weitzel: "Eine Schlappe sondergleichen für die DP, die erste seit 1981 und das bei einer solch grundlegenden Debatte." Und schon stellt er die Frage nach einem bald fälligen Wechsel im Schöfferrat. Doch soweit ist es noch nicht. Erst kommt der Wahlkampf und ein neues Bauprojekt scheint dafür einige Munition zu liefern.

Ein Riesengeschäfts- und Bürokomplex soll in der rue Beaumont entstehen (siehe Abb. S.5). Er wird die Hinterhöfe miteinbeziehen und bis zur Grandrue reichen. Der Widerstand regt sich und am 6. März erscheint ein Artikel im tageblatt, der nicht nur das Projekt verteidigt, sondern auch dessen Gegner hart angreift. Bei diesem Projekt, so schreibt das tageblatt, "soll vor allem eine den modernen Konsumentenansprüchen gerechtwerdende Geschäftsgalerie entstehen", daß dabei alteingesessene Geschäfte verschwinden und billiger Wohnraum durch Luxuswohnungen ersetzt werden, stört den Autor des Artikels nicht, da die Bausubstanz "zu faul für eine Restaurierung im klassischen Sinne" ist. Sogar die Fassaden sind zu morsch, sie werden abgerissen und durch neue, jedoch auf alt getrimmte, sich den gewachsenen Strukturen anpassende Fassaden ersetzt. Der einzige Stilbruch in der Häuserzeile, ein breiter Durchbruch, geht nicht auf die Kappe der Architekten sondern ist eine Auflage der Feuerwehr.

Doch der Widerstand regt sich und das Jugendzentrum, das sein Domizil gleich um die Ecke auf der Place des Bains hat, wird zum Sprachrohr der Einwohner: "Das Stadtzentrum wird sich weiter zur Schaufensterstadt entwickeln, bewohnt von einigen Schickimickis und Großverdienern". Durch sozialen Wohnraum soll die Stadt wieder neu belebt werden. Deshalb verlangt das Jugendzentrum, "daß die Gemeinde über ein Zuteilungsrecht eine über 3 Monate leerstehende Wohnung an Wohnungssuchende vermietet, denn Wohnen ist ein Grundrecht und Kaputtbesitzen Unrecht."





LSAP Urbanismus-Fachmann Weitzel hat sich in einer Sendung auf RADIO RadAU gegen diese Initiative gewendet, da er keine Erfolgsmöglichkeiten sieht. Die vorläufige Bauerlaubnis ist erteilt, der ganze Konflikt ist nur noch ein marginales Nachhutgefecht. Weitzel hat die Innenstadt aufgegeben, da die Sünden der letzten Jahre nicht mehr wettzumachen sind. Jetzt geht es darum den Wohnraum in anderen hauptsächlich bedrohten Vierteln zu erhalten, dort solle man die Einwohner mobilisieren, dort solle die Stadt erschwinglichen Wohnraum neu-schaffen.

Worauf die Grünen in einem Flugblatt behaupten, daß "das t und gewisse LSAP-Kreise eine neue "soziale" Schicht: die Lobby der Spekulanten, Immobilienmakler, Großunternehmer und Banken" unterstützen.

Selbst der Innenminister, dessen Gebäude eine schlimme Verschandelung der Beaumont-Straße darstellt, greift ein: er klagt beim Staatsrat gegen die Baugenehmigung. Nach Joly sind die Häuser zu hoch, nach Vago zu tief. Doch selbst wenn die vorläufige Bauerlaubnis zurückgezogen oder als ungültig erklärt wird, das Projekt kann nach einigen unwesentlichen Änderungen weitergeführt werden. Auch wenn die Einwohner, in einem Brief an die Presse, argumentieren, daß ihre Straße früher die eigentliche, hauptsächlichliche Geschäftsstraße und das eigentliche Zentrum der Stadt war und daß die Häuser als nationale Monumente klassiert werden sollen, das Schicki-Micki-Einkaufszentrum wird nicht zu verhindern sein. Allenfalls werden die Originalfassaden erhalten bleiben, nach Joly-Plan werden 25% Luxuswohnungen eingeplant. Schicke Boutiquen im alten Gemäuer werden entstehen. Damit ist

den Stadtnostalgikern aber nicht den Einwohnern geholfen.

Anstelle steriler Wahlkampfpolemik um ein Symbol-Objekt bedarf es zukunftsweisender Projekte für neuen städtischen Wohnraum. Nur so kann die Entvölkerung der Stadt und der unverschämte Druck auf Mieten und Grundstückspreise gestoppt werden. Die verabschiedeten Sofort-Maßnahmen sind ein Schritt in die richtige Richtung und man darf den auf drei Jahre terminierten Arbeiten von Joly und Scheib-lauer gespannt entgegensehen.

Das neue Règlement und der Auftrag für die beiden französischen Urbanisten ist ein verspätetes Eingehen auf den Widerwillen in der Bevölkerung gegen eine modernistische Architektur. Dieser Widerstand hat, laut Lucien Steil, seinen ersten Ausdruck in den Protesten gegen den europäischen "Kueb" auf Kirchberg gefunden. Die "Liebe zur Architektur" (so der Titel eines Aufsatzes von L.Steil im Almanach 86) wird auch in Luxemburg wiederentdeckt: "Die grotesken und modernistischen Büro- und Verwaltungsgebäude, die einfallslosen und klobigen Mietshäuser ... beschleunigen in Wirklichkeit den Prozeß der Rückbesinnung. Ihre sorglos zynischen Urheber täten gut daran sich zu fragen, ob sie noch in den nächsten fünf oder zehn Jahren jemanden überzeugen können! Diesen letzten Bollwerken der Unarchitektur stehen jetzt einige kunstvolle und elegante Bauwerke gegenüber. (...) Es werden wieder Häuser gebaut, die wie Häuser aussehen. (...) Plätze und Straßen, Wohnblöcke und Stadt-villen, Alleen und Boulevards werden in städte-bauliche Projekten ehrenvoll behandelt. Der Wiederaufbau der Luxemburger Architektur verzeichnet gute Fortschritte."

ff

ECH LAUSCHTEREN RADIO RADAU
102,3 MHz Kanal 50
24 Stonnen op 24

